

Caracalla (188 bis 217 nach Christus), der 211 seinem Vater Septimius Severus in der Herrschaft über das Römische Imperium nachfolgte, war ein unsympathischer Zeitgenosse. Er schikanierte seine Umgebung, wo er nur konnte. Senatoren ließ der Herrscher reihenweise über die Klänge springen. Seinen Bruder Geta, den Septimius Severus zum gleichberechtigten Mitherrscher ausersehen hatte, ließ Caracalla, kaum dass er den kaiserlichen Purpur angelegt hatte, von gedungenen Mördern ermorden – in den Armen Julia Domnas, ihrer Mutter.

Selbst das Ausland war nicht sicher vor den Launen des irrlichternden Kaisers, der sich für einen wiedergeborenen Alexander hielt: Es heißt, er habe den parthischen König Artabanos gebeten, ihm seine Tochter zur Frau zu geben. Als der das Ansinnen ablehnte, habe er die Zurückweisung zum Vorwand für einen militärischen Überfall auf das östliche Nachbarreich genommen. Dieser Feldzug wurde Caracalla zum Verhängnis: In panischer Furcht, selbst Opfer des kaiserlichen Verfolgungswahns zu werden, sorgten Offiziere seiner engsten Umgebung dafür, dass der Imperator ins Jenseits befördert wurde.

Ausgerechnet dieser Kaiser trägt politisch die Verantwortung für ein Gesetz, das neuerdings in der Wissenschaft Furore macht und viele Freunde gefunden hat. Ein Jahr nach seinem Herrschaftsantritt, 212 nach Christus, verfügte er, dass fortan alle freien Bewohner des Römerreichs römische Bürger sein sollten. War das Imperium zuvor ein ethnisch-kultureller Flickenteppich gewesen, in dem diejenigen, die dem Recht nach Römer waren, lediglich eine exklusive Minderheit gebildet hatten, präsentierte es sich jetzt als einheitlicher Bürgerverband, von dem lediglich die Sklaven ausgeschlossen blieben.

Erhalten hat sich das Edikt, die sogenannte Constitutio Antoniniana, in Form eines Papyrus: des Papyrus Gissensis 40, der seinen Namen deshalb trägt, weil er heute in der Universitätsbibliothek von Gießen aufbewahrt wird. Das Edikt erwähnt auch der zeitgenössische Historiker Cassius Dio. Er unterstellt dem Kaiser, er habe aus schiefer Habgier „alle Menschen in seinem Reich“ zu Römern gemacht: Schließlich hätten nur römische Bürger Erbschaftsteuer zahlen müssen. Hauptprofiteur des Gesetzes sei also der Fiskus gewesen.

Ganz anders bewertet die britische Althistorikerin Mary Beard die Constitutio. Sie lobt das Edikt von 212 als krönenden Abschluss von Roms „citizenship project“. Die summarische Verleihung des Bürgerrechts an geschätzt 30 Millionen Menschen ist für Beard die vermutlich größte Masseneinbürgerung der Weltgeschichte. Eine Schrift zum tausendacht-hundertjährigen Jubiläum der Constitutio 2012 feiert Caracallas Schritt als „kluge und weitsichtige Maßnahme“, die „in geradezu genialer Weise“ einen Beitrag zur Integration des Römischen Imperiums geleistet habe. Und der Historiker Kostas Buraselis, der die bis dato gründlichste Studie zu Caracallas Erlass vorgelegt hat, hält es immerhin für möglich, dass die Constitutio Katalysator für

# Eines Kaisers große Geste

Römer wie wir: Die sogenannte Constitutio Antoniniana machte alle freien Einwohner des Reichs zu Bürgern. Klingt gut, weshalb die Unesco sie nun zum Kulturerbe erklärte. Hat aber auch einen Haken.



Caracalla als Kind (unten rechts) neben seinem Bruder Geta (nachträglich getilgt) und vor den kaiserlichen Eltern Foto Sommer

einen „Reichspatriotismus“ auch der einfachen Menschen war.

Die ihr attestierte integrative Wirkung macht die Constitutio Antoniniana in der globalen Migrationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu einem Dokument von faszinierender Modernität. Das leuchtete offenbar auch den Verantwortlichen bei der Unesco in Paris ein, die im Oktober 2017 beschlossen, den Gießener Papyrus auf die Liste des Weltdokumentenerbes zu setzen. Kürzlich war es dann schließlich so weit: Der Papyrus

wurde per Festakt Teil der „Memory of the World“ und gibt sich dort ein Stelldichein mit der „Magna Charta“ und der „Goldenen Bulle“. Auf der Liste führt die Unesco seit 2015 Zeugnisse, denen nach ihrer Entscheidung ein unverrückbarer Platz im kollektiven Gedächtnis der Weltgemeinschaft zukommt. Zweck der Übung ist, auf „Reichtum und Vielfalt von Völkern und Kulturen“ aufmerksam zu machen, sowie, durch Herausstellen exzeptioneller Einzelstücke, auf die friedensstiftende, wechselseitiges Verste-

hen und Dialog fördernde Wirkung des Weltdokumentenerbes insgesamt.

Die Constitutio Antoniniana scheint sich perfekt in diesen Reigen völkerverbindender Urkunden zu fügen. Was könnte es schließlich Schöneres geben, als die Differenzen zwischen Siegern und Unterworfenen in einem Imperium zu überwinden und alle Menschen zu Bürgern dieses Reiches und damit zu Teilhabern an seinen zivilisatorischen Segnungen zu machen? Ähnlich sah es offenbar bereits Caracalla selbst, der in der Constitutio formulierte, sein Erlass möge die „Majestät des römischen Volkes“ mehren. Der Gießener Papyrus scheint sozusagen in einer Traditionslinie mit der Neueregulierung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts von 2000 zu stehen. Seinerzeit senkte die rot-grüne Regierung die Schwelle zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich ab, in der ausdrücklichen Erwartung, so die Integration von hier lebenden Migranten zu fördern.

Dass diese Interpretation einen Haken hat, deutet Mary Beard an. Das römische Bürgerrecht nämlich sei in dem Moment irrelevant geworden, als alle sich an ihm erfreuen konnten. Tatsächlich wurden, kaum konnte jeder Hans und Franz auf sein Bürgerrecht pochen, neue Trennwände sozialer und rechtlicher Unterscheidung eingezogen, durch die Roms Gesellschaft hermetisch in ein Oben und ein Unten gespalten wurde. Kriterium war jetzt nicht mehr die juristische Unterscheidung zwischen Bürgern und Nichtbürgern, sondern der ökonomische Graben zwischen Reich und Arm. Während römische Beamte die mittellose Masse auf alle erdenklichen Arten malträtierten konnten, waren die Bessergestellten in jeder Hinsicht privilegiert. Das inklusive Bürgerrecht war also um den Preis einer neuen Exklusion erkauf worden.

Doch die negativen Folgen von Caracallas Edikt griffen noch tiefer. Mit dem Bürgerrecht, das sie großzügig, aber nach klaren Kriterien verliehen, hatten die Kaiser ein so wirksames wie kostengünstiges Instrument in der Hand, mit dem sie Loyalität und Integrationsanstrengungen ihrer Untertanen belohnen konnten. Wie das funktioniert, zeigt eine Inschrift aus Banasa in Mauretanien aus dem Jahr 177 nach Christus. Sie hält die Verleihung des Bürgerrechts an den Stammesältesten Julianus und seine Familie durch Kaiser Mark Aurel fest. Als Gründe für die Verleihung werden die stets bewiesene Loyalität des Clanchefs und die Hoffnung genannt, er möge als Beispiel für andere dienen. Das Bürgerrecht hatte im zweiten Jahrhundert seine politische und weitgehend auch seine juristische Bedeutung längst verloren. Es war aber nach wie vor eine Prestigeressource ersten Ranges, auf die sich überall im Imperium die oberen Zehntausend viel zugutehielten. Entsprechend hoch war der Anreiz für Männer wie Julianus, das Spiel der Römer mitzuspielen. Die Aussicht auf den Bürgerstatus, nicht der Status selbst, wirkte integrierend. Indem Caracalla per kaiserlichen Federstrich das Bürgerrecht zur Massenware entwertete, gab er ohne Not dieses formidable Instrument aus der Hand.

MANFRED SOMMER